

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Rüdiger Lucassen, Gerold Otten, Jan Ralf Nolte, Hannes Gnauck, Peter Felser, Joachim Wundrak, Martin Hess, Dietmar Friedhoff und der Fraktion der AfD

Steigerungen der Betriebsausgaben der Bundeswehr im Regierungsentwurf des Verteidigungshaushalts 2024

In seiner Regierungserklärung vom 27. Februar 2022 kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz die „Zeitenwende“ in der deutschen Verteidigungspolitik an. Im Rahmen dieser kündigte er die Erfüllung des 2-Prozent-Ziels der NATO sowie die Einrichtung eines „Sondervermögens Bundeswehr“ für notwendige Investitionen und Rüstungsvorhaben an (<https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356>). In diesem Zuge soll die Bundeswehr zur „am besten ausgestatteten Streitkraft in Europa“ (Bundeskanzler Scholz, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bundeswehrtagung-in-berlin-scholz-will-starke-armee-18322045.html>), „stärksten Armee in der EU“ (der Bundesminister der Verteidigung, Boris Pistorius, <https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/verteidigungsminister-pistorius-exklusiv-sein-schneller-ukraine-plan-82633792.bild.html>) und zu einer „der handlungsfähigsten, schlagkräftigsten Armeen in Europa“ (der Bundesminister der Finanzen, Christian Lindner, <https://www.fr.de/politik/ukraine-konflikt-bundeswehr-christian-lindner-armee-europa-soldaten-deutschland-news-91377305.html>) gemacht werden.

Aus Sicht von Experten reicht der marginale Anstieg des Verteidigungshaushalts von 1,7 Mrd. Euro (ein Plus von 3,4 Prozent) auf nun 51,8 Mrd. Euro im Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2024 nicht aus, um diese hochgesteckten Ziele zu erreichen (vgl. <https://dgap.org/de/forschung/publikationen/verteidigungshaushalt-2024>). Denn dieser beinhaltet allein eine Steigerung von 4,97 Mrd. Euro (ein Plus von 17,3 Prozent) bei den Betriebskosten der Bundeswehr im Vergleich zum Vorjahr (Bundestagsdrucksache 20/7800). Diese Erhöhung ergibt sich demnach aus gestiegenen Kosten für Personal (zusätzlich 1,27 Mrd. Euro, ein Plus von 9 Prozent), Materialerhaltung (Aufwuchs von 1,56 Mrd. Euro, ein Plus von 29,2 Prozent) und sonstigen Betriebsausgaben, z. B. Betriebsstoffe, Mieten Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), Bewirtschaftung Liegenschaften (ein Mehr von 2,14 Mrd. Euro, plus 23,1 Prozent).

Die Bundesregierung begründet diese Kostensteigerungen sehr grob u. a. durch die Auswirkungen der Tarifrunde öffentlicher Dienst, Mehraufwendungen bei der Instandhaltung der Großwaffensysteme von Heer, Luftwaffe und Marine sowie höhere Energie- und Rohstoffpreise bei der Bewirtschaftung der Grundstücke der Bundeswehr (Erläuterungen und Vergleiche zum Regierungsentwurf des Verteidigungshaushalts 2024, S. 9 ff.). Für die Fragesteller ist nicht ohne

Weiteres ersichtlich, woher genau die enormen Bedarfssteigerungen bei den Betriebskosten im Vergleich zum Haushalt 2023 stammen.

Darüber hinaus stellt sich den Fragstellern die Frage, wie die Bundesregierung die steigenden Betriebskosten in den Folgejahren zu finanzieren gedenkt, ohne die notwendigen Investitionen in Großgerät, Forschung und Entwicklung zu gefährden, wenn sie in ihrem Finanzplan 2023 bis 2027 für die Haushaltsjahre 2025, 2026 und 2027 jeweils stagnierende Verteidigungsausgaben von 52 Mrd. Euro ansetzt (Bundestagsdrucksache 20/7801). Der Regierungsentwurf des Haushaltsfinanzierungsgesetzes sieht währenddessen eine Aufweichung der Mittelbestimmung des Sondervermögens vor. In Zukunft könnte dieses, anders als ursprünglich beabsichtigt, auch für Betriebs- und Infrastrukturausgaben genutzt werden (<https://www.businessinsider.de/politik/deutschland/kanzler-olaf-scholz-will-sondervermoeigen-der-bundeswehr-aufweichen/>). Der Bundesrechnungshof bewertet dies als „rechtlich unzulässige Mischfinanzierung“ – eine klare Trennung zwischen Verteidigungsetat und Sondervermögen sei nicht erkennbar (https://www.rnd.de/politik/sondervermoeigen-fuer-die-bundeswehr-bundesrechnungshof-warnt-pistorius-vor-zweckentfremdung-PIS4N5KVFFBWXJ5TTOGUSR2PLQ.html#:~:text=Ein%20Sonderverm%C3%B6gen%20von%20100%20Milliarden,Eingang%20des%20Bundesrechnungshofes%20in%20Bonn.)).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Was sind die konkreten Gründe für die Mehraufwände in Höhe von 659,0 Mio. Euro (plus 24,38 Prozent) beim Materialerhalt Flugzeuge (Kapitel 1406 Titel 553 11) im Regierungsentwurf des Verteidigungshaushalts 2024 im Vergleich zum Haushaltsjahr 2023 (bitte nach wichtigsten Waffensystemen aufschlüsseln)?
2. Was sind die konkreten Gründe für die Mehraufwände in Höhe von 469,3 Mio. Euro (plus 84,78 Prozent) beim Materialerhalt Schiffe (Kapitel 1406 Titel 553 10) im Regierungsentwurf des Verteidigungshaushalts 2024 im Vergleich zum Haushaltsjahr 2023 (bitte nach wichtigsten Waffensystemen aufschlüsseln)?
3. Was sind die konkreten Gründe für die Mehraufwände in Höhe von 176,6 Mio. Euro (plus 29,71 Prozent) beim Materialerhalt Fahrzeuge (Kapitel 1406 Titel 553 07) im Regierungsentwurf des Verteidigungshaushalts 2024 im Vergleich zum Haushaltsjahr 2023 (bitte nach wichtigsten Waffensystemen aufschlüsseln)?
4. Was sind die konkreten Gründe für die Mehraufwände in Höhe von 761,0 Mio. Euro (plus 102,97 Prozent) bei der Bewirtschaftung der Grundstücke (Kapitel 1508 Titel 517 01) im Regierungsentwurf des Verteidigungshaushalts 2024 im Vergleich zum Haushaltsjahr 2023 (bitte in Verhältnis zu konkret gestiegenen Energie- und Rohstoffpreisen setzen)?
5. Was sind die konkreten Gründe für die Mehraufwände in Höhe von 213,0 Mio. Euro (plus 61,04 Prozent) bei Aufträgen und Dienstleistungen (Kapitel 1413 Titel 532 55) im Regierungsentwurf des Verteidigungshaushalts 2024 im Vergleich zum Haushaltsjahr 2023 (bitte Beispiele anführen)?
6. Wie werden sich aus Sicht der Bundesregierung voraussichtlich die Betriebsausgaben in den nächsten Jahren entwickeln, bzw. rechnet die Bundesregierung mit einem weiteren jährlichen Anstieg?
7. Schließt die Bundesregierung aus, dass die Mittel des Sondervermögens Bundeswehr für nichtinvestive Ausgaben, also Betriebsausgaben, genutzt werden?

8. Beabsichtigt die Bundesregierung nach Abfluss der 100 Mrd. Euro aus dem Sondervermögen Bundeswehr die Einrichtung eines weiteren Sondervermögens zur Finanzierung der Bundeswehr, etwa um die steigenden Betriebsausgaben zu decken?
9. Wie beabsichtigt die Bundesregierung in den nächsten Jahren die notwendige finanzielle Ausstattung der Bundeswehr unter Einhaltung der Schuldenbremse sicherzustellen?

Berlin, den 14. November 2023

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

